

Potsdam, 20.06.2025

Appell an die Stadtverordneten zur Finanzierung der Wärmewende

Hintergrund

Auch unter der neuen Bundesregierung werden die Ziele der Klimaneutralität allgemein und der Wärmewende speziell weiterverfolgt. Es erweist sich von daher als großer Vorteil, dass die Landeshauptstadt Potsdam sich mit dem Dekarbonisierungsplan der EWP frühzeitig als Vorreiter im Bereich Klimaschutz auf einen ambitionierten Weg gemacht hat.

Jenseits des technisch machbaren ist in letzter Zeit die **Sozialverträglichkeit** der notwendigen Transformation in den Vordergrund gerückt. Wichtigster Punkt: Die Wärmewende muss für die Bürger:innen bezahlbar bleiben!

Meilensteine und Erfolge der EWP

Mit der Tiefengeothermie-Bohrung in der Heinrich-Mann-Allee wurde bereits ein erster sehr wichtiger Erfolg erzielt. Zur Realisierung dieses und weiterer Projekte des Dekarbonisierungsplans hat die EWP in den Jahren 2020 bis 2024 rund 270 Mio. Euro Fördermittel eingeworben. Diese Fördermittel werden es der EWP ermöglichen, die Preise für die Wärmeversorgung in den nächsten Jahren weitgehend konstant zu halten, trotz hoher Investitionskosten von rund 323 Mio. Euro und steigender CO₂-Preise.

Wir appellieren an Sie als Stadtverordnete: Nehmen Sie diese herausragende Chance wahr und sichern Sie die soziale und ökologische Zukunft unserer Stadt! In unsicheren Zeiten ist eine sozialverträgliche Energieversorgung, unabhängiger vom Weltmarkt, eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Stabilität und Wohlstand.

Diese Chance wahrzunehmen heißt konkret, dass die Potsdamer Politik folgende Herausforderungen annehmen muss:

- Die Investitionen müssen vorfinanziert werden, bevor die Fördermittel nach Inbetriebnahme der Anlagen über mehrere Jahre ausbezahlt werden können.
- Die Vorfinanzierung muss zwischen den beteiligten Akteuren, der LHP als Gesellschafterin der SWP, der SWP als Gesellschafterin der EWP, des privaten Anteilseigners an der EWP (der E.dis) und der EWP selbst abgestimmt werden.

All diese Themen sind jetzt glücklicherweise auf dem Tisch und „in Arbeit“, sodass wir guter Hoffnung sind, dass sie rechtzeitig gelöst werden können. Aber die Zeit drängt und der Fördermechanismus erfordert, dass die Entscheidung über die Vorfinanzierung jetzt getroffen wird! Es geht um eine Abwägung von Chancen und Restrisiken, die die politisch Verantwortlichen jetzt vornehmen müssen.

Einschätzung und Empfehlung des Klimarates:

- Beim Dekarbonisierungsplan der EWP handelt es sich nicht um die Umsetzung eines großen Projektes für 323 Mio. Euro, sondern um acht kleinere Projekte mit Investitionssummen von jeweils rund 40 Mio. Euro. Diese werden über einen Zeitraum von ca. sechs Jahren realisiert und müssen individuell betrachten werden.
- Jedes dieser Einzelprojekte besteht aus mehreren Bausteinen, basierend auf unterschiedlichen Technologien. Grundbausteine sind immer ein Blockheizkraftwerk (BHKW) und ein Elektrokessel.

Diese werden ergänzt durch eine Anlage zur Erzeugung von erneuerbarer Wärme. Dies kann entweder eine Tiefengeothermie-Anlage oder z.B. eine Flusswasser-Wärmepumpe sein.

- Blockheizkraftwerke (BHKW), Wärmepumpen und Elektrodenkesseln sind seit Langem etablierte Technologien und nicht risikobehaftet. Der technische Erfolg dieser Investitionen ist gesichert.
- Die einzige etablierte Technologie, die noch Risiken birgt, ist die Tiefengeothermie. Diese gilt es zu bewerten. Durch die erfolgreiche Bohrung in der Heinrich-Mann-Allee hat die EWP bereits bewiesen, dass die Technologie in Potsdam funktioniert und hat genaue Erkenntnisse über den Potsdamer Untergrund gewonnen. Die Erfolgsaussichten für die kommenden Bohrungen sind damit nochmal erheblich gestiegen. Nach Beurteilung von Prof. Dr. Ingo Sass des GFZ (Helmholtz-Zentrums für Geoforschung), dessen Abteilung das Projekt begleitet, besteht die Unsicherheit im Wesentlichen noch in der Wärmeleistung, die nach Fertigstellung aus der Bohrung gewonnen werden kann. Wenn beispielsweise 5 MW geplant bzw. erhofft werden, kann es sein, dass am Ende nur 4 MW erreicht werden (Teilfündigkeit).

Fazit:

- Das Restrisiko einer Nichtfündigkeit ist äußerst gering. In diesem unwahrscheinlichen Falle beträgt die maximale Risikosumme bei einer Bohrung ca. 8 Mio. Euro. Die Wahrscheinlichkeit des Eintretens einer Teilfündigkeit ist ebenfalls sehr gering.
- Dies hat auch den Finanzdienstleister und die angesprochenen Banken überzeugt, sodass Finanzierungsangebote zu unerwartet günstigen Konditionen bereitstehen.

Vor diesem Hintergrund appellieren wir an Sie, Nehmen Sie die Chancen des EWP Dekarbonisierungsplans für die LHP war:

- **Sozialverträgliche und stabile Wärmepreise**
- **Versorgungssicherheit**
- **Das Erreichen der angestrebten Klimaziele**

und bedenken Sie die schwerwiegenden Folgen eines „Nichtstuns“:

- Der fällige Ersatz des bisherigen Gasheizkraftwerks (Heizkraftwerk Potsdam-Süd) durch den Neubau eines Gas HKW ist unter den aktuellen rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht möglich.
- Bei einem Ausfall des HKW Potsdam-Süd ist die LHP verpflichtet, die Wärmeversorgung aufrecht zu erhalten. Erfolgt dies aus einer Notsituation heraus (wie aktuell in Spremberg), müssen sehr schnell Übergangslösungen gefunden werden. Es können keine Fördermittel eingeworben werden, und die Wärmeversorgung wird entweder unwirtschaftlich oder wesentlich teurer für die Kund:innen.
- Auch das Nichteinhalten gesetzlicher Bestimmungen des Wärmeplanungsgesetzes birgt hohe Risiken und droht der EWP ihre Geschäftsgrundlage zu entziehen bzw. schmälert ihre Gewinne. Der fehlende Beitrag zur Querfinanzierung der defizitären Stadtwerketöchter ViP und Bäderbetriebe müsste dann aus dem städtischen Haushalt finanziert werden.
- Durch die Missachtung der gesetzlichen Bestimmungen und durch eine Verzögerung der Wärmewende ergeben sich hohe Risiken für die dem Gemeinwohl verpflichtete Potsdamer Wohnungswirtschaft und deren Mieter:innen. Diese hat der BBU (Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen) und der Arbeitskreis Stadt*Spuren* vielfach in eigenen Stellungnahmen kundgetan.

Erfolgen die jetzt notwendigen Investitionen nicht, wäre die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Potsdamer Haushalt akut in Gefahr, mit gravierenden Folgen für die Versorgung der Potsdamer Bürger:innen.